

FLUCHT UND MIGRATION

EIN EUROPÄISCHES STIMMUNGSBILD

Die Themen Flucht und Migration stehen bereits seit Längerem im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung Deutschlands und Europas, haben aber mit dem jüngsten Zustrom Asylsuchender nach Europa eine ganz neue Dynamik entwickelt. Die aktuellen Flüchtlingsbewegungen stellen nach Ansicht vieler die größte Herausforderung dar, die die Europäische Union bisher zu bewältigen hatte.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat unlängst in einer umfangreichen Publikation Beiträge von Auslandsmitarbeiterinnen und Auslandsmitarbeitern zu diesem Thema gesammelt. Die Beiträge spiegeln wider, wie das Thema Flucht und Migration in verschiedenen Regionen der Welt wahrgenommen wird und wie einzelne Länder mit der aktuellen Krise umgehen. Aus der Vielzahl interessanter Beiträge zu dieser Publikation präsentieren wir im Folgenden eine Auswahl der dort versammelten europäischen Perspektiven in einer aktualisierten Version.

All jenen, die an weiteren Perspektiven aus Europa, aber auch anderen Weltregionen interessiert sind, sei die unter folgendem Link verfügbare Gesamtpublikation ans Herz gelegt: <http://kas.de/stimmungsbild-migration>.

ITALIEN

*Caroline Kanter** (Fertigstellung: 19.11.2015)

Das Mittelmeer: Tor nach Europa

Seit Beginn des Jahres 2015 haben 139.770 Flüchtlinge die italienischen Küsten erreicht. Dabei bilden Eritreer (37.495), Nigerianer (19.205) und Somalier (10.722) die größten Flüchtlingsgruppen.¹ Bis zum 1. November 2015 wurden 68.7250 Asylanträge gestellt.

Das südeuropäische Land wurde bereits im vergangenen Jahr mit der großen Flüchtlingswelle konfrontiert und musste sich mit den politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen befassen. Denn im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern sind die Zahlen in Italien 2015 im Vergleich zum Vorjahr gesunken; ein Rückgang von 9,09 Prozent.



Flüchtlinge an der Riviera: Der französisch-italienische Küstenabschnitt ist zum Symbol für die europäische Flüchtlingsproblematik geworden. | Quelle: © Jean-Pierre Amet, Reuters.

* Leiterin des Auslandsbüros Italien der Konrad-Adenauer-Stiftung.

1 | Vgl. Polchi, Vladimiro / De Panfilis, Giacomo 2015: Osservatorio immigrazione, nel 2015 menosbarchidell'annoscorso: tuttiidati, La Repubblica, 27.10.2015, in: http://www.repubblica.it/solidarieta/immigrazione/2015/10/27/news/osservatorio_immigrazione_140_mila_sbarcati_nel_2015_9_in_meno_dello_scorso_anno-126027064 [15.12.2015].

Gegenwärtig halten sich ca. 100.450 Flüchtlinge in italienischen Aufnahmeeinrichtungen auf.² Gemessen an der italienischen Gesamtbevölkerung macht das einen Anteil von gut 0,15 Prozent aus.³

Die Verteilung der Flüchtlinge in den verschiedenen Regionen Italiens soll nach einem Schlüssel erfolgen, der seit 2011 existiert. Der Aufforderung seitens des italienischen Innenministeriums, die vereinbarten Quoten zu erfüllen und durch eine effizientere und rationale Verteilung der Migranten überforderte Regionen zu entlasten, erteilten jedoch einige Regionalpräsidenten eine klare Absage. In einer polemischen Auseinandersetzung im Juni 2015 drohte Roberto Maroni (Lombardei, *Lega Nord*) damit, Subventionen für jene Gemeinden in seiner Region zu kürzen, die sich für eine Aufnahme weiterer Flüchtlinge bereit erklärten.

Die Lombardei nimmt derzeit mit 14 Prozent den größten Anteil an Flüchtlingen auf; Sizilien mit zwölf Prozent und rangiert somit an zweiter Stelle, gefolgt von Latium mit neun Prozent.⁴ Drei von 20 Regionen nehmen demnach 35 Prozent der Schutzsuchenden auf.

Aufgrund der guten Witterungsbedingungen und der ruhigen See sind in den Sommermonaten die Flüchtlingsströme an den Küsten Süditaliens angestiegen, was auch den öffentliche Diskurs und die Berichterstattung in den italienischen Medien intensiviert und veränderte. Ende letzten Jahres stellten aus Sicht der italienischen Öffentlichkeit die Themen Arbeitslosigkeit (60 Prozent), wirtschaftliche Situation (37 Prozent) und erst an dritter Stelle Immigration (18 Prozent) die größten Herausforderungen des Landes dar.⁵ Im Spätsommer hatte sich die öffentliche Wahrnehmung gewandelt. Immigration wurde mit 25 Prozent nach der Wirtschaftskrise als zweitgrößte Herausforderung des südeuropäischen Landes genannt.⁶

2 | Vgl. ebd.

3 | Africa e Mediterraneo 2014: Immigration Quiz, Africa e Mediterraneo, S. 2, in: http://africaemediterraneo.it/public/2015/04/Immigration_quiz_Risposte.pdf [15.12.2015].

4 | Vgl. Polchi / De Panfilis, Fn. 1.

5 | Testa, Alessandro 2015: Eurobarometro Autunno 2014, Italiani sfiduciati ed Egoisti, Lumsanews, 27.02.2015, in: <http://www.lumsanews.it/2015/02/27/rapporto-eurobarometro-italiani-sfiduciati-ed-egoisti> [27.02.2015].

6 | IPSOS 2015: Sondaggio immigrazione, Renzi bocciato secondo IPSOS, Corriere della Sera, 06.07.2015, in: http://termometropolitico.it/1180117_sondaggio-immigrazione-renzi-bocciato-secondo-ipsos.html [15.12.2015].

Die Stimmung im Land

Die Unzufriedenheit in der italienischen Bevölkerung wuchs an und kritische Stimmen gegen Flüchtlinge nahmen zu. Hauptkritikpunkte waren das schlechte Krisenmanagement seitens der Regierung, mangelnde Unterstützung und Solidarität von europäischer Seite und auch die zunehmende Angst mit Blick auf die innere und äußere Sicherheit Italiens.

In den vergangenen Monaten gab es vereinzelt Ausschreitungen und Protestaktionen seitens der italienischen Bevölkerung, denen sich einige neofaschistische Gruppen, wie *Casa Pound* angeschlossen haben. Der öffentliche Diskurs wurde von lautstarken Auseinandersetzungen auf politischer Seite geprägt. Politische Schlagabtausche und harsche Kritik seitens der Opposition wurden intensiv in sämtlichen Medien – vor allem in den Sozialen Medien – aufgegriffen und trugen somit zur Stimmungsbildung im Land bei.

Zwar gab es einzelne gewalttätige Ausschreitungen gegen Flüchtlinge, trotzdem muss die große Hilfsbereitschaft sowie das zivilgesellschaftliche und ehrenamtliche Engagement einer Vielzahl italienischer Bürger hervorgehoben werden. Dies bezieht sich auf die Erstversorgung der Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in Süditalien, wo Freiwillige Hilfsorganisationen unterstützen, und auf das Engagement in den lokalen Aufnahmezentren in den verschiedenen Regionen Italiens. Gerade auf lokaler Ebene zeigte sich die große Hilfsbereitschaft der Bürger. Vor allem in dem so genannten *Sistema di Protezione per Richiedenti Asilo e Rifugiati*-System, das eine „integrierte Aufnahme“ zum Ziel hat, kam die Unterstützung seitens der italienischen Bevölkerung zum Tragen.

Politische Reaktionen: zwischen Krisenmanagement und Polemik

Mit Blick auf die zunehmend negative Stimmung in der Bevölkerung war die italienische Regierung darum bemüht, die Situation unter Kontrolle zu halten. Dabei sah sie zum einen die europäischen Partner in der Pflicht, zum anderen wurden eine Reihe von Maßnahmen ergriffen sowie zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt, um die Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge besser zu regeln. Diese Initiativen und Bemühungen seitens der italienischen Regierung müssen auch im Kontext der knappen öffentlichen Kassen, der hohen Staatsverschuldung und der aktuell umfangreichen Reformmaßnahmen gesehen werden.

So wurden eine Reihe von Ministerien und Regierungsprogrammen mit starken Kürzungen konfrontiert und hohe Einsparungen vorgenommen.

Auf die erwähnten Ausschreitungen reagierte die Regierung – im Gegensatz zu der Opposition – mit Kritik und Härte. Die Forderung nach mehr Unterstützung von europäischer Seite ging einher mit der Ablehnung des Dublin-Abkommens, das nach Ansicht der Regierung von Ministerpräsident Renzi nicht mehr zeitgemäß sei, da sich die Umstände seit der Unterzeichnung des Abkommens radikal verändert hätten, wie die Anzahl und die Herkunftsländer der Flüchtlinge zeigten.

Trotz der zunehmend negativen Haltung in der Bevölkerung ist auch zukünftig zu erwarten, dass die italienische Regierung an der Umsetzung ihrer Pläne zur Aufnahme der Flüchtlinge festhalten wird. „Wir werden die Aufnahme fortsetzen. Es handelt sich um 84.000 Personen. In Italien gibt es insgesamt 8.100 Gemeinden und 60 Millionen Einwohner, d.h. durchschnittlich zehn Migranten für jede Gemeinde. Das ist die ‚Invasion‘, über die diskutiert wird. Mit Politik hat dies wenig zu tun: Hier geht es um Menschenleben“, so Präfekt Mario Morcone, Direktor der Abteilung für Bürgerrechte und Migration im italienischen Innenministerium.⁷

Nachdem die Flüchtlingswelle im Sommer 2015 andere EU-Mitgliedstaaten erreicht hatte, allen voran Deutschland, und Maßnahmen auf europäischer Ebene ergriffen wurden – wie im September 2015 die Verteilung von 120.000 Flüchtlingen auf die EU-Mitgliedstaaten – hat man sich von italienischer Seite mit der eigenen Forderung nach einer europäischen Lösung bestätigt gefühlt und mit gewissem Wohlwollen festgestellt, dass nun auch andere Mitgliedstaaten „aufgewacht“ seien.

Italien fordert schon seit Längerem eine europäische Lösung, die vor allem die Flüchtlingsursachen in den Blick nimmt.

Die italienische Regierung wies in den vergangenen Monaten immer wieder auf die Flüchtlingsursachen – wie Kriege, Armut und Diktaturen in den Herkunftsländern – hin und forderte, diese verstärkt anzugehen. Aufgrund der Tatsache, dass ca. 90 Prozent der Flüchtlinge, die in Italien ankommen, in Libyen ihre Reise nach Europa angetreten haben, kommt diesem Land aus Sicht der italienischen Regierung eine Schlüsselrolle zu.

7 | Reuters 2015: Migranti, per prefetto Morcone in Italia non è emergenza, Reuters Italia, 22.07.2015, in: <http://it.reuters.com/article/topNews/idITKCN0PW0KN20150722> [15.12.2015].

Italiens Staatspräsident, Sergio Mattarella, hatte sich in einem vielbeachteten und klaren Aufruf am 18. August 2015 zu mehr Menschlichkeit und Freundlichkeit im Umgang mit Flüchtlingen zu Wort gemeldet. „Durch die (Mit-)Menschlichkeit, die wir bei der Aufnahme der verzweifelten Flüchtlinge zeigen, durch die Intelligenz, die wir im Umgang mit dem Flüchtlingsphänomen an den Tag legen, und durch die Standfestigkeit, mit der wir gegen Menschenschmuggler vorgehen, zeigen wir der Welt die Qualität demokratischen Lebens.“ Mattarella forderte die italienische Politik und die Gesellschaft auf, offener und vorsichtiger zu agieren und sprach von der Notwendigkeit, stärker für die eigenen Werte und Ideale einzutreten.⁸

Die Oppositionsparteien *Lega Nord*, *Fratelli d'Italia* und die Fünf-Sterne-Bewegung besetzten das Flüchtlingsthema durch auffallend polemische Äußerungen. Dabei forderte die Opposition eine restriktivere Handhabung der Gewährung von Schutz für Flüchtlinge, verstärkte und schnellere Abschiebungen sowie eine größere Unterstützung und Lastenverteilung seitens der europäischen Partner.

Ein faktenbasierter und kritischer Austausch zwischen Opposition und Regierung fand nicht statt. „Die Präfekten sollten die Flüchtlinge bei sich zu Hause aufnehmen, statt damit den Anwohnern, den Bürgermeistern und den legalen Einwanderern ‚auf den Geist zu gehen!‘“, so Matteo Salvini, Vorsitzender der *Lega Nord*.⁹ Mit Aussagen wie diesen wurde die öffentliche Debatte weiter angeheizt. Auch die größte Oppositionspartei, die Fünf-Sterne-Bewegung, fiel durch extrem polemische Parolen auf. So schrieb der Führer der Bewegung, Beppe Grillo, in seinem Blog: „In allen Ländern der Welt werden illegale Einwanderer abgeschoben: das ist einfach gesunder Menschenverstand.“¹⁰ Es ist davon auszugehen, dass Grillo mit seinen Aussagen in Teilen der Bevölkerung auf Gehör stößt: Fast zwei Millionen Menschen folgen ihm auf Facebook und Twitter und mehrere Tausend lesen täglich seinen Blog.

8 | LiberoQuotidiano.it 2015: Mattarella: „Dal terrorismo i germi della terzaguerramondiale“, Libero Quotidiano, 19.08.2015, in: <http://liberoquotidiano.it/news/politica/11820898/Mattarella---Dal-terrorismo-i.html> [15.12.2015].

9 | AskaneWS 2015: Salvini: i prefetti lavorino, non rompano le palle a sindaci, AskaneWS, 17.07.2015, in: http://askanews.it/politica/salvini-i-prefetti-lavorino-non-rompano-le-palle-a-sindaci_711562579.htm [15.12.2015].

10 | Grillo, Beppe 2015: Clandestino: segreto, occulto, di nascosto, Blog di Beppe Grillo, 22.04.2015, in: http://beppegrillo.it/2015/04/ clandestino_segreto_occulto_di_nascosto.html [15.12.2015].

Die italienischen Parteien, die sich in den letzten Monaten kritisch in der Flüchtlingsfrage positioniert hatten, fanden durchaus Unterstützung in der Bevölkerung. So liegen die Fünf-Sterne-Bewegung in der Wählergunst bei 27,2 Prozent und die *Lega Nord* bei 14,1 Prozent (*Partito Democratico* von Ministerpräsident Renzi bei 32,5 Prozent und *Forza Italia* bei 10,8 Prozent).¹¹ Die Popularität darf sicherlich nicht allein auf die Flüchtlingsthematik zurückgeführt und auf diese reduziert werden. Dennoch gilt es festzustellen, dass beide Parteien in den vergangenen Monaten gute Zustimmungsraten in der Bevölkerung für sich verbuchen konnten.

Der Vatikan: Appell an Mitmenschlichkeit und Barmherzigkeit

Seit Beginn seines Pontifikats hat Papst Franziskus sich immer wieder mit der Situation von Flüchtlingen befasst und Politik wie Gesellschaft zum Handeln und zu mehr Mitmenschlichkeit gegenüber den Flüchtlingen aufgefordert; teilweise mit entschlossenen und sehr kritischen Tönen.

Papst Franziskus beteiligt sich immer wieder, auch mit entschlossenen und kritischen Tönen, an der öffentlichen Debatte zum Thema Flüchtlinge.

Durch eine Vielzahl von Initiativen haben sich der Vatikan und die katholische Kirche der Flüchtlinge angenommen. In einem Appell an Katholiken, Pfarreien und Bistümer in Europa rief der Vatikan dazu auf, mit Aktionen am nächsten Weltflüchtlingstag, dem 17. Januar, unter dem Motto: „Migranten und Flüchtlinge sind eine Herausforderung – Antwort gibt das Evangelium der Barmherzigkeit“ auf die dramatische Situation der Flüchtlinge aufmerksam zu machen.

Auffallend starke Kritik übte Mitte August 2015 der Generalsekretär der italienischen Bischofskonferenz, Nunzius Galantino, an der italienischen Regierung mit Blick auf die italienische Flüchtlingspolitik. Er sagte, die Renzi-Regierung sei „vollkommen abwesend“ und die Prozesse und Asylverfahren seien ineffizient. Galantino kritisierte die italienische Gesetzgebung, die keine „positive“ Integration, sondern „non-integration“ vorsehen würde und auf die Abschiebung von Migranten ausgerichtet sei. Vor allem das Aufenthaltsrecht und die Dauer der Asylverfahren beanstandete er. Italien solle in diesem Zusammenhang von der deutschen Gesetzgebung lernen und diese nachahmen.

11 | Ipsos 2015: Sondaggi Politici, la media all'11 Dicembre, Termometro politico, 11.12.2015, in: http://termometropolitico.it/1195077_sondaggio-ipsos-di-martedi-italiani-favorevoli-alla-proposta-boeri.html [15.12.2015].

BELGIEN, LUXEMBURG UND DIE NIEDERLANDE

*Dr. Stefan Gehrold** / *Tina Mercep*** (Fertigstellung: 30.11.2015)

Laut einer jüngst durchgeführten Meinungsumfrage im belgischen Fernsehen denken sieben von zehn Belgiern, dass es in ihrem Heimatland zu viele Migranten gibt. 76,8 Prozent der belgischen Bevölkerung zeigen sich angesichts der Flüchtlingsproblematik sehr besorgt. In der aktuellen Debatte verschärft sich der Ton auch in den Beneluxstaaten, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Anschläge in Paris und der daraus resultierenden Anhebung der Terror-Warnstufe in der belgischen Hauptstadt auf die höchstmögliche Stufe.

Vor der Einwanderungsbehörde in Brüssel, die die zentrale Anlaufstelle für alle sich registrierenden Flüchtlinge in Belgien ist, leben nach wie vor viele ebendieser in Zelten und warten seit Wochen auf eine Verbesserung ihrer Lage. Etwa 200 Anträge können pro Tag bearbeitet werden, etwa 1.000 warten bislang auf Bearbeitung. Weil täglich nur eine begrenzte Anzahl der Anträge aufgenommen werden kann, werden Flüchtlinge gebeten, an anderen Tagen wiederzukommen.



#movingpeople: Das Kunstprojekt versucht mit kleinen Figuren in Amsterdam auf die Situation von Flüchtlingen aufmerksam zu machen. |
Quelle: Martin Broek, flickr @@@.

* Leiter des Europabüros Brüssel der Konrad-Adenauer-Stiftung.

** Wissenschaftliche Mitarbeiterin Europabüro Brüssel der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Theo Francken, Staatssekretär für Asyl und Immigration, sagt, die Lage sei unter Kontrolle, dennoch gebe es eine gewisse Kapazität, die nicht überschritten werden dürfe. Die meisten Ankömmlinge kommen aus Syrien, Irak, Afghanistan, Eritrea und Somalia. Ein Ende des Ansturms ist nicht in Sicht, sodass schnellstmöglich neue Auffangplätze geschaffen werden sollen. Seit Anfang des Jahres wurden mehr als 12.000 Asylanträge in Belgien gestellt. Nachdem Schweden bei der Europäischen Kommission einen Antrag eingereicht hatte, von der Verteilung von Flüchtlingen entlastet zu werden, möchte auch Theo Francken dem Beispiel Schwedens folgen.

Die Diskussion um schärfere Grenzkontrollen hatte bereits vor Monaten in Belgien starken Anklang gefunden. So befürworteten 74,3 Prozent der Belgier schärfere Maßnahmen und strengere Kontrollen an den Grenzübergängen zu ihrem Land, um die Flüchtlingskrise besser bewältigen zu können. Staatssekretär Francken drohte angesichts der unzureichenden Kontrollen der externen Grenzen bereits früh die Wiedereinführung interner Grenzkontrollen an. Dieser Androhung folgten nach den Anschlägen von Paris (und der Aufdeckung der Verbindungen der Terroristen nach Belgien) Taten, sodass nun seit mehreren Wochen die belgischen Grenzübergänge stärker kontrolliert werden. Zudem sollen stärkere Kontrollen in den Aufnahmezentren durchgeführt werden. Dem Innenminister Jan Jambon (*Nieuw-Vlaamse Alliantie*) zufolge sollen künftig alle Flüchtlinge in Belgien spezielle Ausweise tragen, um jederzeit identifiziert werden zu können.

In den sozialen Medien wird das Thema zurzeit ebenfalls viel diskutiert. Auf den Nachrichtenseiten häufen sich unter Artikeln zur Migration negative wie positive Kommentare. Die Beteiligung an der öffentlichen Diskussion ist nicht nur in Politik und Medien, sondern auch in der Gesellschaft groß. Da der belgische Staat bezüglich seiner finanziellen Unterstützung für Flüchtlinge im Vergleich zu Deutschland eher zurückhaltend ist – der wöchentlich zur Verfügung gestellte Betrag für in Flüchtlingszentren lebende Erwachsene beträgt gerade einmal sieben Euro – muss die großzügige private Initiative vieler Bürger hervorgehoben werden. Radikale Meinungen zur Flüchtlingsthematik halten sich im Internet – zumindest auf den Portalen der großen Zeitungen des Landes, wie *La Libre* oder *Le Soir* – in Grenzen. Jedoch findet man neuerdings viele Kommentare, die eine stärkere Überwachung von (radikalen) Moscheen fordern. Ebenso solle eine bessere Überprüfung derer stattfinden, die ins Land einreisen. Auf der Facebook-Seite

des belgischen Pegida-Ablegers mit mittlerweile über 1.700 Abonnenten, herrschte lange Zeit ein gemäßigter Diskussionston. Die Seite hat sich am 10. November jedoch in eine geschlossene, nicht öffentlich einsehbare Facebook-Gruppe umgewandelt.

Neben Belgien werden auch die beiden anderen Beneluxstaaten nicht von der Flüchtlingskrise verschont. Der luxemburgische Premier Xavier Bettel sagte jüngst, die Flüchtlingsproblematik könne eine der größten Herausforderungen für die luxemburgische Ratspräsidentschaft werden. Sie endet mit dem Jahr 2015. Er plädierte für eine rasche Erstellung einer einheitlichen europäischen Liste mit sicheren Herkunftsländern.

Bislang gebe es lediglich nationale Listen darüber, welche Herkunftsländer als sicher gelten. Weiter betonte Bettel, dass Asylanträge schneller bearbeitet werden

Auch für Luxemburg, das 2015 den Vorsitz des Rates der Europäischen Union innehat, ist die Flüchtlingskrise eine große Herausforderung.

müssten und Nicht-Asylberechtigte zügig wieder abgeschoben werden sollen. Luxemburg nahm Anfang November im Rahmen der Umverteilung als erstes Land 30 Flüchtlinge auf, die von der Insel Lesbos nach Luxemburg-Stadt geflogen wurden. Das Unterfangen erhielt zwar viel Medienaufmerksamkeit – stellt jedoch angesichts der aktuellen Flüchtlingszahlen nur einen Tropfen auf dem heißen Stein dar.

Das Großherzogtum wird sich, ebenso wie Belgien und die Niederlande, dafür einsetzen, dass Asylbewerber vermehrt in Privatunterkünften untergebracht und somit besser in die Gesellschaft integriert werden. Einer Meinungsumfrage im Oktober 2015 zufolge unterstützen 68 Prozent der Luxemburger die Position der Politik. Allerdings bezweifeln viele, dass die EU die Migrationskrise als Ganzes in den Griff bekommen kann. Ein Großteil der Befragten gibt an, dass es wichtig ist, für die Grundbedürfnisse der Flüchtlinge zu sorgen. Zeitgleich sollen Integrations- und Sprachkurse angeboten werden, die es den Flüchtlingen ermöglichen, mit der Bevölkerung zu kommunizieren und schnell unabhängig zu werden. Weiterhin halten es viele für unerlässlich, den Flüchtlingen die Werte, die Kultur und Gewohnheiten des Landes zu vermitteln.

Im Nachbarland Niederlande gilt die Asylpolitik als eine der strengsten in Europa. Menschenrechtler kritisieren, dass es kaum rechtliche Möglichkeiten für eine Duldung von Flüchtlingen, deren Asylantrag abgewiesen wurde, gibt. Die Betroffenen müssen das Land innerhalb von 28 Tagen verlassen. Die Frist kann auf zwölf Wochen verlängert werden, danach gilt man als „Illegaler“.

Mit dieser Asylpolitik versucht die niederländische Regierung Migranten abzuschrecken. Dennoch waren es bis November 2015 bereits über 45.000 Personen, die als Asylbewerber ins Land kamen – im Vergleich zu rund 25.000 Personen im gesamten vergangenen Jahr. Wie in den Nachbarstaaten kommt der Großteil (38 Prozent) aus Syrien. Derzeit verzeichnet die niederländische Einwanderungsbehörde etwa 4.000 bis 5.000 Anträge pro Monat. König Willem Alexander glaubt, dass die ansteigende Flüchtlingswelle für zunehmende Spannungen innerhalb der EU Sorge. In einer Rede im September sprach er sich für die Limitierung der Flüchtlingszahlen aus sowie für eine bessere Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU. Neben den hohen Flüchtlingszahlen spielt die gestiegene Terrorgefahr innenpolitisch eine große Rolle: Um Terrorangriffe besser vermeiden zu können, soll mehr Geld für die Präventionspolitik bereitgestellt werden.

Umgang der Behörden mit den steigenden Flüchtlingszahlen

In Belgien fordert die Organisation „Flüchtlingswerk Flandern“ von der Regierung neue Initiativen, um der steigenden Flüchtlingszahlen Herr zu werden und die Menschen in die Gesellschaft zu integrieren. Des Weiteren sollen, geht es nach der Organisation, Bedingungen geschaffen werden, die eine Beherbergung von Flüchtlingen in Privathaushalten fördern. Laut „Flüchtlingswerk Flandern“ steigt die Zahl derer, die sich bei der Organisation melden und eine Unterkunft anbieten. Gleichzeitig sollen die Flüchtlinge proportional in den Gemeinden verteilt werden. Sollten sich Gemeinden weigern, Flüchtlinge auf freiwilliger Basis aufzunehmen, ist ein obligatorischer Verteilungsplan die Folge, so der Innenminister. Noch kann man davon sprechen, dass die Lage, wenn auch angespannt, doch unter Kontrolle ist. Stiegen die Flüchtlingszahlen noch bis Ende September von Woche zu Woche, so ist im Oktober, wohl auch aufgrund der kälteren Temperaturen und somit erschwerten Fluchtbedingungen, seit langer Zeit ein Abstieg der Zahlen zu vermerken.

Die niederländische Regierung rief eine Arbeitsgruppe zur Flüchtlingskrise ins Leben. Premierminister Mark Rutte will sich nicht auf eine numerische Flüchtlingshöchstgrenze festlegen und verlangt insbesondere von den mitteleuropäischen Ländern mehr Engagement hinsichtlich der Aufnahme von Asylbewerbern. Gleichzeitig begrüßt er die Vereinbarung der EU-Mitgliedsländer, mehr Geld für die Flüchtlingslager nahe der syrischen Grenze bereitzustellen. Weiterhin hält er die Sicherung der EU-Außengrenzen

für unabdingbar. Die auf dem EU-Sondergipfel am 25. Oktober beschlossenen „Hotspots“ für Flüchtlinge sollen schnellstmöglich eingerichtet werden.

Wie bereits die Niederländer hat auch die Regierung in Luxemburg eine Arbeitsgruppe gegründet, um die Flüchtlingsproblematik besser handhaben zu können. Laut Premier Bettel ist Luxemburg bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen. Wichtig sei ihm, keine Flüchtlings-Ghettos zu errichten, sondern die Menschen zu integrieren, beispielsweise durch die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Wie wird der Umgang mit Migration / Integration in Deutschland bewertet?

Die Berichterstattung über die Migrationsproblematik in Deutschland ist in Belgien ausführlich. Während die belgischen Medien zu Beginn der Krise intensiv über die große

Neben der Hilfsbereitschaft der Deutschen wird in Belgien auch ausführlich über Probleme im Zusammenhang mit der Situation in Deutschland berichtet.

Hilfsbereitschaft der Deutschen berichteten, stand schnell darauf die Belastungskapazität der deutschen Flüchtlingsaufnahme sowie die innerpolitische Auseinandersetzung um das Thema im Vordergrund. Die Berichterstattung über die Willkommenskultur in Deutschland ist einer Fokussierung auf die Debatte um die Probleme hinsichtlich der Flüchtlingsunterbringung und der in vielen Unterkünften aufflammenden Gewalt sowie der ins Land getragenen sozioreligiösen Konflikte verschiedener Migrantengruppen gewichen. Ein ebenfalls sehr präsent Thema war die Suche nach Schleusern entlang der gemeinsamen deutsch-belgischen Grenze. Von Januar bis Juli dieses Jahres konnten bereits 47 Täter an dieser Grenze gefasst werden. Zehn weitere wurden an der niederländischen Grenze gestellt.

Die Gewalt gegen Flüchtlinge in Deutschland war in den Niederlanden und in Luxemburg wochenlang ein die Medien beherrschendes Thema, wobei daneben auch die in den Flüchtlingsheimen selbst aufkommenden Gewaltproblematiken thematisiert wurden.

Gibt es in den Beneluxländern eine „Willkommenskultur“?

In Luxemburg wurde die private Initiative *Refugees Welcome to Luxembourg* Mitte August ins Leben gerufen. Die Facebook-Seite hat mittlerweile fast 9.000 Unterstützer. Auf der Internetseite werden Ideen und Vorschläge zum Umgang mit Flüchtlingen und

zur Integration gesammelt. Des Weiteren wird konkrete Hilfe organisiert, sodass man den Flüchtlingen den Start im Großherzogtum via sozialer Medien erleichtert. Eine vergleichbare Initiative findet sich mit noch wesentlich höherem Zuspruch in Belgien, wo die entsprechende Facebook-Seite einen Zuspruch von rund 29.000 Unterstützern zählt. Die zivile Bürgerplattform musste jüngst Sachspenden ablehnen, da der Ansturm von freiwilligen Helfern so groß war. Ende September versammelte eine Demonstration für Flüchtlinge in der belgischen Hauptstadt rund 20.000 Teilnehmer.

SERBIEN

Norbert Beckmann-Dierkes/Aleksandra Popović**/Evelyn Haefs****
(Fertigstellung: 07.12.2015)

Das Flüchtlingsthema fand in Serbien von Beginn an große Aufmerksamkeit in allen Medien. Sowohl in den Printmedien als auch in den Fernseh- und Radiosendungen ist das Thema präsent, besonders in den sozialen Medien fällt das große Maß an Solidarität mit den flüchtenden Menschen auf und Beispiele konkreter Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen zeigen eine große Empathie. So haben sich vom 7. bis 16. Dezember 2015 einheimische Künstler versammelt, um die *Heartfact Foundation* (eine Belgrader Organisation, die im Jahr 2009 gegründet wurde und die durch den kreativen sowie künstlerischen Austausch Personen vernetzt, die für Menschenrechte, Freiheit sowie gesellschaftliche Verantwortung eintreten) bei der Ausrichtung eines „*WakEUp!*-Festival“ zu unterstützen. Bei dem Event wurde die Flüchtlingsfrage aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet, um Solidarität und Humanität zu fördern. Den serbischen Behörden wird im Umgang mit der Situation eine gute Arbeit attestiert und die sonst übliche Kritik am behördlichen Handeln findet nicht statt.

Die politische Dimension der Flüchtlingswelle wird dabei nicht nur als aktuelle Situation im Land betrachtet, sondern auch unter innen- und außenpolitischen Gesichtspunkten diskutiert. Neben dem häufig geäußerten Wunsch nach konkreteren finanziellen und materiellen Hilfen durch die EU setzt sich Serbien zur Zeit

* Leiter des Auslandsbüros Serbien der Konrad-Adenauer-Stiftung.

** Projektkoordinatorin im Auslandsbüro Serbien der Konrad-Adenauer-Stiftung.

*** Praktikantin im Auslandsbüro Serbien der Konrad-Adenauer-Stiftung.

stark für eine aktivere Rolle und Zusammenarbeit der Region als Ganzes sowie der einzelnen Nationen ein, die gemeinsam ein funktionierendes System aufbauen sollen.

Das kontinuierliche politische Engagement der Europäischen Union, von den bilateralen Gesprächen und Besuchen bis hin zu den kürzlich erfolgten Gipfeltreffen, hat die bisher einzige große Hilfsmaßnahme Russlands im Sommer, die eine enorme Medienpräsenz hatte, in Vergessenheit geraten lassen.

Deutschland mit Bundeskanzlerin Merkel wird weiterhin in den Medien als einziger zuverlässiger Partner genannt und als wichtigstes Zielland vieler Flüchtlinge dargestellt. Die Geldleistungen für Asylsuchende in Deutschland finden punktuell in den Medien Erwähnung. Häufiger hingegen wird berichtet, dass Serbien ein sicheres Herkunftsland ist.



An der serbisch-ungarischen Grenze: Die meisten Flüchtlinge haben die EU als Ziel, Serbien ist in diesem Sinne „nur“ ein Transitland. | Quelle: © Marko Djurica, Reuters.

Wahrnehmung des Themas bei den politischen Parteien

Für eine befestigte Grenze gegen einen unkontrollierten Migrantstrom steht Nenad Popovic, Vorsitzender der Serbischen Volkspartei (*Srpska naprednpartija*). Popovic, der seit dem Jahr 2000 ordentlicher Professor an der Staatlichen Universität *Lomonossov* in Moskau für internationale Wirtschaft ist, behauptet, alle

Migranten seien Wirtschaftsflüchtlinge. Boško Obradović, Präsident der Partei Dveri, die nicht im Parlament vertreten ist, aber in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, vertritt die Ansicht, dass die Flüchtlingskrise ein Problem für Serbien darstellt und die EU hieran die Schuld trage. Serbien unterschätze den Flüchtlingsstrom als ein soziales, wirtschaftliches und gesundheitliches Risiko. Vor diesem Hintergrund befürwortet B. Obradović den Bau eines Grenzzaunes an der mazedonischen-serbisch Grenze ähnlich dem an der ungarischen-serbisch Grenze.

Abgesehen von diesen Ausnahmen sieht die politische Führung des Landes die Flüchtlingskrise als Chance und hält an der grundsätzlichen Offenheit des Landes fest. Premierminister Aleksandar Vučić betont, dass Serbien alles tun werde, um die Sicherheit der Flüchtlinge zu gewährleisten. Nach der Abschaffung der Wehrpflicht sollen leer stehende Kasernen zu Aufnahmezentren umgerüstet werden. In der Flüchtlingsfrage geht Vučić von der weiteren Unterstützung der EU aus und setzt insbesondere in Bundeskanzlerin Angela Merkel großes Vertrauen. Nachdem einige Staaten der EU nur noch Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten in Afghanistan, Irak und Syrien aufnehmen, haben sich die Staaten entlang der so genannten Balkanroute, Mazedonien, Serbien, Kroatien und Slowenien, dieser Politik angeschlossen. Der serbische Innenminister Nebojša Stefanović betont, Serbien könne in dieser Hinsicht nicht die gesamte Last der Krise tragen, weswegen auch Serbien nun in erster Linie Kriegsflüchtlingen Zutritt gewährt.

Die serbische Ministerin für europäische Integration Jadranka Joksimović stellt fest, dass die Migrationspolitik Serbiens der EU zeige, dass Serbien ein verlässlicher Partner sei, der europäische Standards umsetze. Ein Zaun an der ungarischen Grenze würde das Flüchtlingsproblem nicht lösen. Im Gespräch mit dem ungarischen Außenminister Peter Szijjártó betonte sie, dass nur mit guten und offenen bilateralen Beziehungen diese Fragen und eventuelle Probleme überwunden werden könnten. Außenminister Ivica Dačić stellt klar, dass Serbien keine Entscheidung wie Ungarn fällen werde, eine Mauer an der Grenze zu Mazedonien zu bauen, um die Ankunft weiterer Flüchtlinge zu verhindern.

Brankica Janković, Gleichstellungsbeauftragte der serbischen Regierung, bezieht sich auf das Verhalten der serbischen Bevölkerung und lobt das tolerante und solidarische Verhalten den Flüchtlingen gegenüber. Sie sieht die Gründe für dieses Verständnis in der Vergangenheit Serbiens und den Erfahrungen mit Flucht und Vertreibung.

Die Aufnahme und Reiseroute von Flüchtlingen in Serbien

Die Bevölkerung steht den Flüchtlingen positiv gegenüber und verhält sich ihnen gegenüber tolerant. Beispielsweise bieten Friseure ihre Dienste und Imbisse ihre Gerichte kostenlos oder zu ermäßigtem Preis an. Auch haben Imbisse ihr Angebot dem muslimischen Glaubensregeln angepasst und bieten vermehrt Lammprodukte an. Viele Leistungen und Angebote werden nun in arabischer Sprache ausgeschildert. Aufgrund der eigenen Vergangenheit geht die serbische Bevölkerung solidarisch mit den Flüchtlingen um.

Auch vor dem Hintergrund der eigenen Vergangenheit geht die serbische Bevölkerung überwiegend solidarisch mit den Flüchtlingen um.

In Serbien findet sich eine große Hilfsbereitschaft sowohl unter Einzelpersonen als auch in der Wirtschaft und auf staatlicher Seite. Ärzte leisten zusätzliche Einsätze, die Post hat am Hauptbahnhof in Belgrad ihre Öffnungszeiten an den Geldschaltern verlängert, viele Menschen und Firmen spenden Nahrungsmittel, Kleidung, Schuhe, Hygieneartikel usw.

Für den Umgang mit Flüchtlingen sind das serbische Innenministerium, das Ministerium für Arbeit, Beschäftigung und soziale Fragen sowie das Kommissariat für Flüchtlinge die zuständigen Behörden. Zudem ist in Belgrad ein Informationszentrum für Asylbewerber eingerichtet worden. Angesichts der großen Herausforderung an die staatlichen Stellen werden vereinzelt Reibungsverluste bei der Koordination festgestellt, insgesamt ist die Arbeit der Behörden aber wirksam. Die serbischen Behörden haben bisher einen den Umständen entsprechenden geregelten Ablauf organisiert. Weitere Unterstützung der internationalen Gemeinschaft ist allerdings erwünscht. Der serbische Innenminister betont, dass die Kosten für Serbien sehr hoch seien und konkrete Hilfe für vorübergehende Unterbringung, Nahrung und medizinische Versorgung gebraucht werde.

Die Immigration verläuft größtenteils geordnet. Hilfsmaßnahmen von kirchlichen Hilfswerken, dem Roten Kreuz, den Vereinten Nationen, der EU und den USA sowie private Initiativen zeigen Wirkung. Nichtregierungsorganisationen haben Dolmetscher organisiert, die die Flüchtlinge unterstützen. Beispielhaft sind hier Atina, eine Belgrader Nichtregierungsorganisation, die die Flüchtlingsmaßnahmen der Kommunen mit denen der staatlichen Einrichtungen verbindet, um Flüchtlingen zielgerichteter helfen zu können. Darüber hinaus entwickelte Atina noch ein zusätzliches

Unterstützungsprojekt, in dessen Rahmen der Verkaufserlös von selbst produzierten Bagels in die Integration von Flüchtlingen und anderen schutzbedürftigen Personen fließt. Eine weitere bedeutende Hilfe leistet das Belgrader Zentrum für Menschenrechte, das mit seiner rechtswissenschaftlichen Expertise notwendige Gesetzesänderungen erarbeitet und vorschlägt. Einem erfolgreichen Zusammenwirken von staatlichen Akteuren und Nichtregierungsorganisationen ist hier großer Wert beizumessen.

Die meisten Flüchtlinge haben die EU als Ziel, Serbien ist in diesem Sinn ein Transitland für maximal 72 Stunden. Unter diesen Bedingungen verläuft die Ein- und Ausreise folgendermaßen: Die Flüchtlinge kommen im Aufnahmezentrum in Preševo im Süden Serbiens an und werden dort registriert. Die wenigsten beantragen Asyl in Serbien. In Preševo werden die Flüchtlinge mit Nahrung, Ausruhmöglichkeiten und Informationen zu ihrer Weiterreise versorgt. Die Route verläuft nicht mehr durch Belgrad, die Flüchtlinge werden mit Bussen und Zügen mehrmals am Tag nach Šid an der serbisch-kroatischen Grenze gebracht, von wo aus sie durch Kroatien und Slowenien weiterreisen. Die Zahl der Flüchtlinge, die über Bulgarien kommen, fällt in der öffentlichen Berichterstattung nicht besonders auf. Allen Beteiligten in Serbien ist klar, dass nur durch die gemeinsame internationale Zusammenarbeit eine Lösung der Flüchtlingskrise herbeigeführt werden kann.

KROATIEN UND SLOWENIEN

*Dr. Michael Lange** (Fertigstellung: 27.11.2015)

Nachdem die deutsche Bundeskanzlerin Anfang November davor gewarnt hatte, dass eine Schließung der deutschen Grenzen für Flüchtlinge einen bewaffneten Konflikt in den Anrainerstaaten der Balkanroute auslösen könnte, intensivierten sich die Bemühungen der dortigen Regierungen, einer solchen Gefahr noch entschiedener entgegenzutreten, auch wenn sowohl der Ministerpräsident von Kroatien als auch jener von Serbien diese Hypothese als zu pessimistisch verwarfen.¹² Allerdings begannen sich zumindest

* Leiter des Auslandsbüros Kroatien der Konrad-Adenauer-Stiftung.
12 | Jutarnji List 2015: Closure of Germany's Borders Could Cause „Armed Conflicts“ in Balkans, Says Merkel, 03.11.2015, in: <http://tinyurl.com/ozeqeyo> [11.12.2015].

die Mitgliedstaaten des Schengen-Raums, darunter vor allem Slowenien, auf eine mögliche Begrenzung des Zustroms an Flüchtlingen durch die deutsche bzw. österreichische Regierung vorzubereiten, indem sie erste Maßnahmen zur Grenzsicherung einleiteten.¹³

Aktuelle Lage

Nachdem Kroatien angesichts des nicht abreißenden Stroms von Migranten an der Grenzstation Tovarnik mit immer mehr Problemen zu kämpfen hatte, einigten sich die kroatische und serbische Regierung darauf, die Migranten von da ab per Bahn direkt von der serbischen Grenzstation Sid in das zu dem Zeitpunkt neu eröffnete kroatische Aufnahmelager nach Slavonski Brod zu transportieren.¹⁴ In diesem für die Aufnahme von bis zu 5.000 Migranten ausgelegten großzügigen Lager sollten diese registriert und anschließend nach Slowenien weitertransportiert werden. Nachdem die Europäische Kommission dann Anfang November auf Antrag Kroatiens 16,4 Millionen Euro *Emergency Funds* zur Bewältigung der Flüchtlingskrise zur Verfügung gestellt hatte,¹⁵ entspannte sich die Situation etwas, obwohl bis zu diesem Zeitpunkt bereits 330.000 Migranten kroatisches Territorium betreten hatten.¹⁶ Während des folgenden *Leaders Meeting* in Brüssel verpflichtete sich die kroatische Regierung für 2.000 der insgesamt 12.000 auf die betroffenen EU-Mitgliedstaaten (Österreich, Ungarn, Slowenien und Kroatien) zu verteilende Flüchtlinge, eine (vorübergehende) Unterbringung bereitzustellen. Trotz oder gerade wegen dieser Maßnahmen zur schnelleren „Durchleitung“ von aus Serbien kommenden Migranten durch das kroatischen Territorium sah sich das slowenische Parlament schließlich in einer Nachtsitzung gezwungen, an seiner Grenze zu Kroatien „technische Maßnahmen“ zu ergreifen, die den wachsenden illegalen Grenzübertritt von Kroatien begrenzen bzw. zu den offiziellen Grenzstationen dirigieren sollte. Kroatien reagierte auf diese Maßnahme gereizt und unterstellte Slowenen, es wolle die Aufnahme

13 | Jutarnji List 2015: Slovenia to Fence Part of Croatian Border, but Cooperation Continues, Says PM Cerar, 10.11.2015, in: <http://tinyurl.com/qxo6exj> [11.12.2015].

14 | HRT 2015: Arrival of First Groups of Migrants Starts at Slavonski-Brod Reception Center, 03.11.2015, in: <http://tinyurl.com/omz3xuo> [11.12.2015].

15 | Jutarnji List 2015: Croatia Gets EUR 16.4 Million of Emergency EC Funding for Migrant Crisis Management, 06.11.2015, in: <http://tinyurl.com/p869el6> [11.12.2015].

16 | Hina 2015: Over 320,000 migrants pass through Croatia, 04.11.2015.

von Migranten aus Kroatien auf diese Weise einschränken. Auch wenn diese Maßnahme erst am Tag nach den Wahlen in Kroatien ins Werk gesetzt wurde und Slowenien beteuerte, es werde die aus Kroatien kommenden Züge mit Flüchtlingen auch weiterhin abfertigen, entstand ein Streit darüber, ob die von Slowenien errichteten Zäune aus Stacheldraht an den Grenzstationen Harmica und Gibina nun auf der kroatischen oder der slowenischen Seite der Grenze installiert worden waren.¹⁷ Kroatien forderte sofort die unmittelbare Beseitigung dieser Grenzzäune. Kroatien übergab der slowenischen Regierung dann eine offizielle Protestnote und jeweils 50 Grenzpolizisten aus beiden Ländern standen sich an diesem Grenzabschnitt eine Zeit lang unversöhnlich gegenüber, bis sich die beiden Ministerpräsidenten während des Flüchtlingsgipfel in La Valetta auf ein gemeinsames Vorgehen einigten. Auf dem Treffen der EU-Innenminister empörte sich dann die kroatische Regierung jedoch wieder über die dort gefällte Entscheidung, dass nach Griechenland und Ungarn, welche die Migranten nicht human behandelten, keine Migranten zurückgeführt werden sollten. Es könne doch wohl nicht sein, so die kroatische Seite, dass Kroatien wegen seiner humanen Behandlung der Migranten nun zugunsten dieser Länder durch einen denkbaren Rückstau von Migranten belastet werde.



Tovarnik, Kroatien: Mittlerweile hat sich die Situation im Land etwas entspannt. | Quelle: © Stoyan Nenov, Reuters.

17 | HRT 2015: Slovenia's Constructing Razor Wire Fence on Croatian Border Raises Tensions, 11.11.2015, in: <http://tinyurl.com/ow2fncd> [11.12.2015].

Wahlkampfthema Flüchtlinge

Bedenkt man, dass der vorläufige Höhepunkt der Flüchtlingskrise in die „heiße Phase“ des Wahlkampfes in Kroatien fiel, kann es nicht verwundern, dass die kroatische Regierung höchst sensibel auf alle Maßnahmen (der Nachbarstaaten) reagierte, welche in der Lage waren, die Situation auf dem Staatsgebiet Kroatiens mittel- oder unmittelbar zu beeinträchtigen. Man war sich dabei des Umstandes sehr wohl bewusst, dass die kroatische Bevölkerung bzw. der kroatische Wähler seine Wahlentscheidung auch danach fällen würde, ob die sozialdemokratische Regierung sich der Krise gewachsen zeigen würde. Zu berücksichtigen war dabei, dass es in der Frage der Bewältigung der Flüchtlingskrise Unterschiede zwischen den konkurrierenden beiden großen kroatischen Volksparteien gab. Die konservative *Hrvatska demokratska zajednica* (HDZ) zeigte sich – wie die ungarische Regierung – bereit, auch entschiedenere Maßnahmen zur Grenzsicherung einzusetzen, während die *Socijaldemokratska partija Hrvatske* (SDP) – wie die deutsche Regierung – schon die Errichtung von Grenzzäunen vehement ablehnte.¹⁸ Die zum Teil recht harschen Reaktionen des kroatischen Ministerpräsidenten Milanovic (SDP) in Richtung seiner Kollegen Orban und Cerar sowie dessen Kritik wegen der vermeintlich mangelnden Kooperation mit seinem Land dürfte dem kroatischen Ministerpräsidenten im Wahlkampf sogar genutzt haben, denn in Kroatien gibt es nicht nur antiserbische, sondern auch antislowenische Ressentiments, die aus dem Verhalten Sloweniens während des EU-Beitrittsprozesses, aus dem seit Jahrzehnten ungelösten maritimen Grenzstreit und zuletzt aus dem *Pirangate*-Skandal herrühren und im jüngsten Streit um die Behandlung der Migrantenströme einen neuerlichen Höhepunkt erreicht hatten. Die Haltung der HDZ zugunsten eines schärferen Vorgehens gegen die illegalen Grenzübertritte hat ihr möglicherweise nicht die erhofften Stimmengewinne gebracht. Während es der SDP-Regierung gelang, den Flüchtlingsstrom – vom Wähler weitgehend unbemerkt – durch das Land zu lenken, stieß das humane Vorgehen der Regierung zumindest in den Teilen der Bevölkerung, die Flucht und Vertreibung im Balkankrieg (1991 bis 1995) selbst erlitten hatten, offensichtlich eher auf Wohlwollen. Beides zusammengenommen, der „patriotische“ Streit des SDP-Spitzenkandidaten mit den Vertretern der Nachbarstaaten wie auch das humane, auf das eigene frühere Schicksal

18 | Wölfl, Adelheid 2015: Große Lager liegen in Kroatien etwa gleichauf, Der Standard, 03.11.2015, in: <http://derstandard.at/2000024960460/Die-grossen-Lager-liegen-in-Kroatien-etwa-gleichauf> [11.12.2015].

verweisende Verhalten gegenüber den Flüchtlingen, mag letztlich auch zu dem kaum für möglich gehaltenen, guten Wahlergebnis des SDP-Wahlbündnisses beigetragen haben.

Migration und Terrorgefahr

Die Terroranschläge von Paris haben der Diskussion um die Risiken der kroatischen Flüchtlingspolitik neuen Auftrieb gegeben.

Angesichts der schon bald nach den Terroranschlägen von Paris vorliegenden Erkenntnisse, dass zumindest einer der beiden Attentäter bereits am 8. Oktober im kroatischen Aufnahmelager Opatovac registriert worden war, gab den Diskussionen um die Risiken der kroatischen Flüchtlingspolitik wieder neuen Auftrieb. Es war klar, dass eine solche Nachricht nicht nur die Bürger Kroatiens und Sloweniens, sondern alle (vorübergehenden) Aufenthaltsländer von Migranten beunruhigen musste.¹⁹

Obwohl sowohl die kroatische Staatspräsidentin als auch die zuständigen Minister der Bevölkerung umgehend versicherten, dass die Sicherheitslage im Land, da es kein Zielland des Terrorismus sei, als unverändert angesehen werde, wurden die Sicherheitsvorkehrungen deutlich erhöht.²⁰ Auch Slowenien zeigte sich beunruhigt und sah sich in seiner restriktiveren Haltung in Grenzfragen bestätigt, betonte jedoch noch einmal explizit den temporären Charakter ihrer Maßnahmen zur Grenzsicherung und widersprach Meldungen, man wolle die Grenzen vollends schließen.²¹

Gefahr von Grenzschließungen

Allerdings wuchsen nun in beiden Ländern Befürchtungen, dass das Schengen-Regime komplett zusammenbrechen und Deutschland beginnen könnte, die Anzahl der Flüchtlinge, welche ins Land gelassen würden, zu begrenzen. Vor diesem Hintergrund betonte der kroatische Innenminister Ostojic dann, dass Kroatien keine weiteren Flüchtlinge mehr aufnehmen könne, wenn Deutschland

19 | HRT 2015: Milanovic and Ostojic Assure Croatia on High Security Alert; Paris Suspect was at Opatovac, 14.11.2015, in: <http://tinyurl.com/qf6kyun> [11.12.2015].

20 | Vecernnji List 2015: Croatia Not Immune to Terrorist Violence but Controls the Security Situation, 16.11.2015, in: <http://tinyurl.com/oxrk4ew> [11.12.2015].

21 | Zekic, Branimir 2015: Slovenia Denies Plans to Close Border, but Fence on Slovenian-Croatian Border Remains, HRT, 16.11.2015, in: <http://tinyurl.com/qfvfnfs> [11.12.2015].

seine Grenze schließen würde.²² Entsprechendes war auch von den anderen Nachbarländern zu hören, die sich natürlich alle bemüht zeigten, nicht von einer solchen Entscheidung überfahren zu werden und von einer inakzeptabel, großen Anzahl von Migranten auf eigenem Hoheitsgebiet überrascht zu werden. Allen war klar, dass, wenn es zu einer solchen Entscheidung in Deutschland käme, sofort alle anderen Anrainerstaaten der Balkanroute ihre Grenzen schließen und keine Rückführungen von Migranten mehr zulassen würden.

Dass dies nicht aus der Luft gegriffen war, bestätigte sich bereits einen Tag später. Kroatien weigerte sich, 162 Migranten, welche die slowenische Regierung nicht mehr bereit war aufzunehmen, wieder zurück auf kroatisches Territorium zu lassen. Hintergrund für diesen „Zwischenfall“ war die vorherige Entscheidung der slowenischen Regierung, nur noch Flüchtlinge aus Kriegsgebieten aufzunehmen und allen anderen Migranten die Ein- und Weiterreise zu verweigern. Angesichts der Bewältigung eines Migrantenstroms von inzwischen insgesamt 420.000 Personen sah sich auch Kroatien nicht mehr in der Lage, weitere Risiken einzugehen, zumal sich der Flüchtlingsstrom nicht verringerte und ein Einlenken in dieser Frage auch nicht mehr schädlich für den Wahlausgang in Kroatien sein würde.²³ Von der Weltpresse wenig beachtet ereignete sich dann ein Zwischenfall in Sarajewo, wo ein Attentäter zwei bosnische Soldaten ermordete und sich anschließend das Leben nahm. Er soll Anhänger radikaler Islamisten gewesen sein, die in Bosnien und der Region schon seit Monaten für wachsende Unruhe bei den Sicherheitsbehörden sorgen.²⁴ Angesichts der Schritte der sich weiterhin kommissarisch im Amt befindlichen kroatischen SDP-Regierung verwunderte es nicht, dass der bisherige kroatische Oppositionsführer Karamarko darauf verwies, dass er schon von Beginn an ein Befürworter einer restriktiveren Haltung in der Grenzfrage gewesen sei und dass man, um das „Abtauchen von Terroristen in Flüchtlingsströmen“ zu unterbinden, eben alle Migranten sorgfältig registrieren bzw. kontrollieren müsse. Bei einem außerordentlichen Treffen der Innen- und Justizminister am 20. November in Brüssel wurde

22 | Jutarnji List 2015: Ostojic on Current and Future Issues of Migrants Transiting Croatia to Other EU States, 17.11.2015, in: <http://tinyurl.com/q9g555n> [11.12.2015].

23 | HRT 2015: Croatia to Refuse Entry of Migrants Not from War-affected Countries, 19.11.2015, in: <http://tinyurl.com/pu33dfw> [11.12.2015].

24 | Šprajc, Zoran 2015: Ostojic on BH Killings; Assures of „Highest Level of Readiness“, RTL Televizija, 19.11.2015, in: <http://tinyurl.com/ob6njw6> [11.12.2015].

deshalb die Einführung einer *Passenger Name Record Directive* (PNR) beschlossen, deren legislative Umsetzung die Terrorgefahr reduzieren soll, gleichzeitig aber die Polizeibehörden der betroffenen Länder vor größere administrative Aufgaben stellte. Zwar richtet sich die Stoßrichtung dieses neuen Gesetzes vornehmlich auf die Staaten mit einer Schengen-Außengrenze, doch da auch Kroatien die Mitgliedschaft im Schengen-Raum anstrebt, sieht es sich ebenso betroffen.²⁵ Kroatische Europaabgeordnete bemängelten die seitens der kroatischen SDP-Regierung gezeigte Haltung bzw. geäußerte Kritik an der Politik Ungarns und später auch Sloweniens, die vor allem darauf gerichtet war, die vertraglich eingegangenen Verpflichtungen eines Mitgliedstaats des Schengen-Abkommens zu erfüllen.

Annäherung der Staatspräsidenten

Eine weitere Wendung nahm die Entwicklung bei einem gemeinsamen Treffen der kroatischen und slowenischen Vertreter vor der von den Präsidenten der beiden Länder initiierten *Brdo-Brijuni*-Tagung, die am 22. November in Zagreb begann und sich unter anderem auch mit der Flüchtlingskrise beschäftigte. Während des Vorbereitungstreffens der beiden Präsidenten Pahor und Grabar-Kitarovic einigte man sich darauf, dass es sich bei der Flüchtlingskrise nicht um ein bilaterales, sondern um ein europäisches Problem handele und der Flüchtlingsstrom nur durch ein gemeinsames Abkommen aller beteiligten Staaten kontrolliert bzw. reduziert werden könne. Beide wünschten sich nicht zuletzt angesichts der wachsenden Terrorgefahren vor allem striktere Kontrollen an der türkisch-griechischen Grenze, wobei Kriegsflüchtlinge klarer von Wirtschaftsflüchtlingen unterschieden werden sollten. Mit Blick auf die Konflikte an der slowenisch-kroatischen Grenze gab die kroatische Staatspräsidentin ihrer Hoffnung Ausdruck, der dort hoffentlich nur temporär installierte Stacheldrahtzaun möge niemanden ernsthaft verletzen. Während der slowenische Staatspräsident Pahor darauf entgegnete, dass Slowenien seine Verpflichtungen aus dem Schengen-Vertrag ernst nehme und die Grenze nur effektiv kontrollieren könne, wenn miteinander Einvernehmen über die Anzahl der Flüchtlinge und den Modus des Grenzübertritts erzielt werden würde.²⁶ Dass damit nicht alle

25 | Matkovic, Damir 2015: EU Interior and Justice Ministers Agree to Systematic Controls of EU External Borders, HRT, 20.11.2015, in: <http://tinyurl.com/p39qzdr> [11.12.2015].

26 | Dnevnik 2015: Grabar-Kitarovic Meets Slovenian President Pahor in Ljubljana to Discuss Brdo-Brijuni, 21.11.2015, in: <http://tinyurl.com/qhduch6> [11.12.2015].

Animositäten zwischen den beiden Ländern ausgeräumt werden konnten, zeigten die Anschuldigen seitens der kroatischen Regierung, das Nachbarland habe wichtige Artikel des Vertrages über das Schiedsverfahren zur Lösung der Piran-Grenzstreitigkeiten beider Länder verletzt. Wie es zwischen Slowenien und Kroatien in der Flüchtlingsfrage weitergeht, bleibt abzuwarten. Das Vertrauen zwischen beiden Ländern ist ernsthaft beschädigt und die Nervosität nimmt, angesichts nicht endender Migrationsströme, von Tag zu Tag zu.

UNGARN

*Frank Spengler** / *Bence Bauer*** (Fertigstellung: 25.11.2015)

Die Dramatik der Flucht über das Mittelmeer prägte lange die internationale Medienberichterstattung und damit auch die politische Diskussion in Europa. Obwohl die ungarischen Politiker schon sehr früh die „Alarmglocken“ in Brüssel geschlagen und vor einer Flüchtlingswelle über die Südgrenzen des Landes gewarnt hatten, reagierte die Europäische Union auf die Probleme durch die Flüchtlinge auf der Balkanroute erst sehr spät. Als sich im Jahr 2015 die Situation dramatisch zuspitzte, entschloss sich die ungarische Regierung, einseitig zu handeln, um den Massenandrang illegaler Einwanderer aufzuhalten. Der „Balkankorridor“ wird vor allem von Syrern, Afghanen, Irakern, aber auch von Afrikanern genutzt. Nach Angaben der ungarischen Polizei übertraten vom Januar bis zum 21. November 2015 landesweit 391.115 Personen illegal die Grenze, etwa zehnmal so viel wie im Vorjahr. Die Flüchtlinge kamen zunächst über Serbien und nach dem Bau der Grenzbefestigungsanlagen über Kroatien, im Spätsommer 2015 kamen fast täglich bis zu 10.000 Personen. In diesem Jahr wurden in Ungarn bis Mitte Oktober rund 176.000 Asylanträge gestellt. In mehr als 80.000 Fällen wurde das Verfahren eingestellt, da die Antragsteller nicht mehr auffindbar waren. 2.140 Anträge wurden abgelehnt, insgesamt 344 Anträgen wurde entsprochen. Nur anerkannte Asylbewerber können sich im Schengen-Raum frei bewegen und die ungarischen Sicherheitsorgane verhinderten im Rahmen ihrer Möglichkeiten bis Anfang September konsequent die Weiterreise von Migranten ohne legale Reisedokumente. Dafür

* Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung.

** Projektkoordinator im Auslandsbüro Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung.

wurde das Land von vielen politischen Entscheidern gelobt, aber es gab nur wenig praktische Unterstützung für dieses vertraglich verpflichtende Vorgehen. Bei den Migranten hingegen stieß diese Blockade kurz vor dem Ziel ihres langen Fluchtweges auf völliges Unverständnis und eine sehr geringe Kooperationsbereitschaft.



Ungarische Grenze: Ungarns Regierung hat im Laufe des Sommers die Südgrenze des Landes mit einem Zaun gesichert. | Quelle: © Dado Ruvic, Reuters.

Flüchtlingsfrage in Ungarn: Öffentlichkeit und Politik

In Ungarn dominierte das Thema Migration mehrere Monate lang die Berichterstattung in den Medien. Die Problematik wird aber in erster Linie unter dem Gesichtspunkt „illegale Einwanderung“ wahrgenommen. Der Aspekt der Integration von Flüchtlingen spielte in der öffentlichen Wahrnehmung dabei keine große Rolle, da Ungarn in erster Linie ein Transit- und kein Zielland für die Migranten war. Die konsequente Haltung der Regierung in der Migrationsfrage wird einerseits von einer breiten Zustimmung in der Bevölkerung mitgetragen, andererseits gibt es in der ungarischen Gesellschaft gleichwohl Anzeichen für eine gewisse Hilfsbereitschaft. Die Haltung der Oppositionsparteien ist ambivalent. Die rechtsextreme *Jobbik* fordert ein noch härteres Vorgehen gegen illegale Einwanderung und eine konsequentere Abschottung des Landes. Die Kritik der Sozialisten richtete sich in der Vergangenheit weniger gegen die Regierungsmaßnahmen als solche, sondern eher gegen deren Umsetzungen. Die grüne *Lehet*

más a Politika (LMP) fordert vor allem ein stärkeres gemeinsames europäisches Vorgehen.

Bereits im Frühjahr 2015 bereitete die ungarische Regierung die Bevölkerung auf ein konsequenteres Vorgehen gegen die illegale Einwanderung vor. Im April initiierte sie eine „Nationale Konsultation“ zum Thema Migration und Terrorismus. An die erwachsene Bevölkerung wurden acht Millionen Fragebögen versandt, von denen bis zum Juli rund eine Millionen zurückgeschickt wurden. Am Ergebnis der Aktion sollte sich die zukünftige ungarische Politik orientieren. Die meisten Befragten kreuzten unter anderem an, dass die Einwanderer ungarische Arbeitsplätze gefährden würden und sich selbst versorgen sollten. Die Mehrheit hält auch die Brüsseler Politik für gescheitert und fordert in diesem Kontext strengere Gesetze in Ungarn. Die internationale Presse bezeichnete die Fragen als suggestiv und kritisierte die Umfrage massiv.

Dieses Stimmungsbild in der Bevölkerung wird durch aktuelle Umfragen der Meinungsforschungsinstitute bestätigt. Nach einer Mitte November veröffentlichten Erhebung der *Századvég*-Stiftung unterstützen 75 Prozent der Ungarn den Ausbau der Grenzsicherungsanlagen im Süden des Landes. 65 Prozent lehnen eine Quote in Europa zur Verteilung der Flüchtlinge ab. Die Meinung der ungarischen Bevölkerung wird auch in anderen Staaten Mitteleuropas weitgehend geteilt. Die Länder sehen ihre Zugehörigkeit zum Schengen-Raum als eine große und mit konkreten Wirkungen verbundene Errungenschaft des EU-Beitritts. Die offenen Schengen-Grenzen werden daher nicht in Frage gestellt. Anders verhält es sich mit den Schengen-Außengrenzen (z.B. mit Serbien). Es steht in der Region außer Frage, dass eine unzureichend gesicherte Schengen-Außengrenze auf lange Sicht die Bewegungsfreiheit in der EU belasten wird. Dies will man unbedingt vermeiden.

Begleitet wurde die Konsultation der Regierung im Frühsommer 2015 von einer sehr umstrittenen großflächigen Plakataktion („Du darfst den Ungarn die Arbeitsplätze nicht wegnehmen“ oder „Du musst unsere Kultur respektieren“). Die Warnungen richteten sich zwar an Schlepper und Flüchtlinge, sie waren aber in ungarischer Sprache verfasst und standen nicht nur an der Landesgrenze. Viele Plakate wurden von Gegnern der Aktion übermalt oder zerstört und später wurden „Gegenplakate“ aufgestellt. Anfang November startete die Regierungspartei *Fidesz* zusätzlich eine Unterschriftenkampagne gegen eine mögliche EU-Quote unter

dem Motto „Lasst uns das Land beschützen“, die in den ersten drei Wochen bereits von 750.000 Menschen unterzeichnet wurde.

Mitte November 2015 forderte die Ungarische Nationalversammlung die Regierung mehrheitlich auf, das im September mit qualifizierter Mehrheit der EU-Innenminister beschlossene Quotensystem zur Verteilung der Flüchtlinge abzulehnen. Justizminister László Trócsányi kündigte an, dass Ungarn im Dezember vor dem Europäischen Gerichtshof dagegen klagen werde. Die Quote würde die Souveränität des Landes verletzen und entbehre einer rechtlichen Legitimation.

Die Frage der Migration nach und der Integration in Deutschland wird in den ungarischen Medien und in der Öffentlichkeit sehr intensiv thematisiert. Die großzügigen Sozialleistungen in Deutschland in Verbindung mit den langen Rechtsverfahren bis zur möglichen Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern werden bisweilen angesprochen und kritisiert.

Die deutsche Willkommenskultur stößt in Ungarn auf Unverständnis und wird unterschwellig für die Migrationswelle mit verantwortlich gemacht.

Die großzügigen deutschen Sozialleistungen liegen über den ungarischen Durchschnittslöhnen. Unterschwellig werden diese für die Migrationswelle mitverantwortlich gemacht.

Die Willkommenskultur in Deutschland stößt in Ungarn auf Unverständnis. Eine vergleichbare Grundeinstellung den Migranten gegenüber ist in Ungarn nur in Ansätzen vorhanden. Auf einen Großteil der Bevölkerung wirken die enorm steigenden Flüchtlingszahlen eher als eine Bedrohung, was die „Nationale Konsultation“ und die Meinungsumfragen bestätigen.

Sicherung der ungarischen Grenze im Süden

Bereits Mitte Juni ließ die ungarische Regierung verlautbaren, dass an der Grenze zu Serbien ein 175 Kilometer langer Zaun errichtet werden soll, um den illegalen Grenzübertritt einzudämmen. „Wir tun es auch für Deutschland“, so der einflussreiche Fidesz-Politiker Gergely Gulyás am 30. August 2015 gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Zunächst wurde die Grenze nicht lückenlos geschlossen und bewacht. Nachdem aber die Flüchtlingszahlen an der nur noch über eine Bahnstrecke offenen ungarisch-serbischen Grenze Anfang September neue Höchststände von täglich fast 10.000 Menschen erreichten, wurde Mitte September auch dieses Schlupfloch geschlossen. Asylgesuche können seitdem nur noch an den offiziellen Grenzübergangsstellen, in den so genannten Transitzonen, gestellt werden.

Nach gewalttätigen Szenen am 16. September 2015 nahe Röszke an der ungarisch-serbischen Grenze verlagerte sich die Balkanroute aber innerhalb kürzester Zeit in Richtung Kroatien. Die kroatischen Sicherheitskräfte waren von dem Ansturm der Flüchtlinge überfordert und brachten die Menschen in Bussen und Zügen an die ungarisch-kroatische Grenze. Von dort wurden sie direkt an die österreichische Grenze weitergeleitet. Die ungarischen Behörden verzichteten dabei auf eine Registrierung der Flüchtlinge, da sie davon ausgingen, dass dies bereits in Griechenland oder Kroatien hätte vorgenommen werden müssen. Diese Situation änderte sich erst, als auch an der ungarisch-kroatischen Grenze die Befestigungsanlagen am 17. Oktober fertiggestellt wurden. Kamen bis einschließlich 16. Oktober täglich 4.000 bis 10.000 Flüchtlinge (der Höchststand war am 23. September mit 10.046 Personen), so betrug diese Anzahl am Stichtag den 17. Oktober nur noch 870 Personen und danach täglich nur noch wenige Dutzend.

Begleitet wurden diese Maßnahmen der Grenzsicherung von einer ab dem 15. September in Kraft getretenen Strafrechtsnovelle, die den illegalen Grenzübertritt sowie die Beschädigung des Grenzzauns als Straftat ahndet. Nach Polizeiangaben wurde bis zum 21. November gegenüber 962 Personen ein derartiges Strafverfahren eröffnet. Das Bemühen der ungarischen Regierung, den illegalen Grenzübertritt zu verhindern, wird von den Visegrád-Ländern solidarisch unterstützt. Polen, Tschechien und die Slowakei entsandten Polizeibeamte und lieferten entsprechende Gerätschaften. Ungarn hingegen unterstützt Slowenien mit Sicherheitskräften und Einrichtungsgegenständen für Flüchtlingsunterkünfte. Auch Mazedonien wurde von Ungarn materielle Unterstützung zugesagt. Die ungarische Regierung verweist nach den Anschlägen in Paris vom November zunehmend auf die Gefahr, dass durch die anhaltende Migration mit einem Anstieg von Terrorismus und Kriminalität in Europa zu rechnen sei. Die Führung Ungarns sieht sich durch die jüngsten Ereignisse in Frankreich und Belgien in ihrer Ablehnung von Einwanderung und der Warnung vor Parallelgesellschaften bestätigt.

Eine Frage der europäischen Identität

Mit dem Bau der Grenzbefestigungen geht es zwar in erster Linie um die Einhaltung der Rechtsordnung, die Anlagen haben aber auch eine nicht zu unterschätzende symbolische Wirkung. Sie sollen signalisieren, dass die Regierung willens und in der Lage ist, die ungarische Souveränität und Identität des Landes sowie

die Sicherheit in Europa zu verteidigen. Ministerpräsident Viktor Orbán hat in der Vergangenheit in vielen Reden und Erklärungen auf die belastenden Konsequenzen der zu erwartenden Flüchtlingswelle hingewiesen und so das Thema seit einiger Zeit in die Öffentlichkeit transportiert. Auf internationale Medienkritik stieß dabei schon im Januar 2015 eine Aussage am Rande des Trauermarsches für die Opfer der islamistischen Terroranschläge auf Redaktionsmitarbeiter der Satirezeitung *Charlie Hebdo* in Paris. Dem ungarischen Fernsehen gegenüber erklärte er seinerzeit, dass „Wirtschaftsmigration eine schlechte Sache sei“ und forderte, die Einwanderung zu stoppen. Ungarn wolle keine multikulturelle Gesellschaft werden, so der Ministerpräsident. Immer wieder bekräftigte er, dass es Ungarn nicht zustehe, die Einwanderungspolitik anderer Länder mit ihren multikulturellen Gesellschaften zu bewerten. Ungarn jedoch wolle diesen Weg nicht einschlagen. Im Sommer 2015 erklärte er, dass die Migration „Europa, die Lebensart der europäischen Bürger, die europäischen Werte“ bedrohe. Es gehe um die Frage, ob Europa, so wie wir es kennen, überhaupt überleben werde. „Wir möchten, dass Europa den Europäern gehört“, so der Ministerpräsident. Die Äußerungen von Viktor Orbán richten den Fokus auf eine mittelosteuropäische Perspektive zur Migrationsproblematik. Ohne nennenswerte Einwanderungserfahrung oder Kolonialgeschichte und dadurch bedingte interkulturelle Konflikte haben die Länder Ost- und Mitteleuropas andere gesellschaftspolitische Entwicklungen als die westeuropäischen Staaten, die seit Jahrzehnten Zielländer von Zuwanderung sind. Die Mittel- und Osteuropäer hingegen wollen nicht zu Zielländern und damit auch zu multikulturellen Gesellschaften werden, sondern ihre eigene Kultur und Identität so weit wie möglich bewahren.

BULGARIEN

Dr. Marco Arndt / Borislav Wankow*** (Fertigstellung: 27.11.2015)

Bulgarien ist zum ersten Mal in seiner neueren Geschichte im Verlaufe der Syrien- und Irak-Krise mit einem großen Flüchtlingsstrom konfrontiert, zumal das Land über eine EU-Außengrenze verfügt, wenn auch nicht über eine Schengen-Grenze. Seitdem

* Leiter des Auslandsbüros Bulgarien der Konrad-Adenauer-Stiftung.

** Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auslandsbüro Bulgarien der Konrad-Adenauer-Stiftung.

nimmt das Thema „Migration“ breiten Raum in den bulgarischen Medien und der öffentlichen Wahrnehmung ein.

Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten kommen – in vielen Fällen illegal – nach Bulgarien vor allem über die bulgarisch-türkische Landgrenze, teilweise aber auch über das Schwarze Meer. Ein Teil von ihnen bleibt – eher gezwungenermaßen – im Land, die meisten aber haben Westeuropa und vor allem Deutschland als Ziel.

Bulgarien baut derzeit einen 33 Kilometer langen Grenzzaun zur Türkei, der kurz vor der Fertigstellung ist, um illegale Immigration zu verhindern. Der Zaun ist allerdings aus moralischer und rechtlicher Sicht umstritten; diesbezügliche Bedenken haben unter anderem die EU-Kommission und die Vereinten Nationen angebracht. Im November 2014 hatte bereits eine Gruppe von ca. einhundert Vertretern deutscher Menschenrechtsorganisationen vor Ort gegen die Anlage protestiert. Zudem deckt diese nur einen kleinen Teil der insgesamt 273 Kilometer langen Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei ab, welche zu 148 Kilometern durch eine Landgrenze und zu 125 Kilometern durch nicht schiffbare Grenzflüsse gebildet wird.



Pizzaessen: Auch nicht-staatliche Organisationen und Privatleute engagieren sich bei der Versorgung von Flüchtlingen, hier einer Familie aus Syrien. | Quelle: © Stoyan Nenov, Reuters.

In den vergangenen 25 Jahren lag die Zahl der Asylsuchenden in Bulgarien bei etwa 500 bis 3.000 Flüchtlingen pro Jahr. Ein signifikanter Anstieg ist erst seit 2013 zu verzeichnen, als es 7.144 Anträge gab, 2014 waren es bereits über 11.000. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2015 kamen 16.283 Personen, davon 65 Prozent Männer, 25 Prozent Frauen und zehn Prozent Kinder nach Bulgarien. Die meisten Asylbewerber stammen aus Syrien, gefolgt vom Irak und Afghanistan. Etwa die Hälfte der Flüchtlinge befindet sich momentan noch in den Auffanglagern, deren Kapazitäten ungefähr zur Hälfte ausgelastet sind.

Am 15. Oktober 2015 kam es zu einem tragischen Zwischenfall, als eine Gruppe afghanischer Flüchtlinge die türkisch-bulgarische Grenze illegal zu überqueren versuchte. Nach Darstellung des Innenministeriums hätten sie den Anordnungen bulgarischer Grenzpolizisten nicht Folge geleistet, worauf ein Beamter gezwungen gewesen sei, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Dabei wurde ein Flüchtling durch einen Querschläger tödlich getroffen.

Der Hauptflüchtlingsstrom hat sich in den letzten Monaten auf die so genannte Balkanroute (Türkei-Griechenland-Mazedonien-Serbien-mitteuropäische EU-Staaten) konzentriert. Laut Medienberichten umgehen Flüchtlinge Bulgarien, weil es billiger sei, über die oben genannte Route einzureisen. Für die illegale Überquerung der bulgarischen Grenze müssten sie wesentlich mehr Schleppergebühren aufbringen. Zum anderen würden aufgegriffene Flüchtlinge nach dem Dublin-Reglement in Bulgarien registriert, was ihre Chancen zur Weiterreise in andere, für sie attraktivere EU-Staaten verringere.

Ministerpräsident Borissov sagte auch im Hinblick auf die laufenden Verhandlungen zum Schengen-Beitritt Bulgariens, dass das Land viel Geld investiere, um seine EU-Außengrenze zu schützen. Seiner Meinung nach kann die Krise langfristig nur gelöst werden, wenn man in Syrien und der Türkei Sicherheitszonen schafft. Er gab an, dass er ein Schreiben entsprechenden Inhalts, in dem diese Vorschläge präzisiert werden, an alle Leiter europäischer Institutionen und die Regierungschefs der EU geschickt habe.

Innenministerin Batschwarowa sagte, dass Maßnahmen getroffen worden seien, um im Notfall mit einem Flüchtlingsansturm wie in Mazedonien fertig zu werden. Die Wahrscheinlichkeit dafür sei aber gering, weil die bulgarischen Grenzen gut bewacht seien. Außenminister Mitov meinte, ein Großteil der vermeintlichen

Flüchtlinge seien in Wirklichkeit Wirtschaftsmigranten, die anders behandelt werden müssten. Nach seinen Worten würden die bulgarischen Grenzen viel besser bewacht als die griechischen und deshalb seien die Risiken für Bulgarien geringer.

Die meisten politischen Parteien versuchen, eine ausgewogene Haltung zu der Problematik einzunehmen. So hat der Europaabgeordnete der größten Regierungspartei GERB (EVP), Emil Radev, die EU-Kommission aufgefordert, ein verbindliches Schema zur Umverteilung der Flüchtlinge in der EU in Abhängigkeit von BIP, wirtschaftlicher Entwicklung und Arbeitslosigkeit zu erarbeiten. Der Europaabgeordnete des bürgerlichen Reformblocks Swetoslav Malinov meinte, Bulgarien müsse in einem Atemzug mit Italien und Griechenland als Land, das einem größeren Migrationsdruck ausgesetzt ist, genannt werden. Analog ist die offizielle Position der Regierung, die außerdem Wert darauf legt, dass Länder wie Bulgarien, die einem anhaltenden Migrationsdruck ausgesetzt sind, geringere Aufnahmequoten zugesprochen bekommen als EU-Binnenstaaten. Eine ähnliche Haltung formulierte auch die sozialistische Europaabgeordnete Iliana Jotova.

Eine dezidiert gegen die Flüchtlinge gerichtete Rhetorik betreibt lediglich die oppositionelle nationalistische Partei *Ataka*, die eine Abriegelung der Grenze zur Türkei fordert und die Flüchtlinge als „Dschihadisten“ und eine „private moslemische Armee, die in Lagern an der türkisch-syrischen Grenze ausgebildet wurden“ bezeichnet und vor einer „Islamisierung“ Bulgariens warnt.

Der Umgang mit Migration in Deutschland ist ein Thema in den bulgarischen Medien. Erwähnung findet die deutsche Entscheidung, syrische Flüchtlinge nicht in die Ausgangsländer der EU zurückzuschicken. In Zusammenhang damit werden ausführlich die Äußerungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel zitiert.

Der Balkan und auch Bulgarien sind ethnisch durchmisch, so dass die Bulgaren an das Zusammenleben mit anderen Ethnien und Menschen anderen Glaubens gewöhnt sind. Nicht selten werden von Politikern und Analysten die bulgarische Toleranz sowie die Gastfreundlichkeit als traditionelle Tugend hervorgehoben. Das Bild ist jedoch differenzierter. Zuwanderer aus Europa, insbesondere aus Westeuropa, sind erwünscht und willkommen. Anders hingegen ist es mit Zuwanderern aus anderen Kulturkreisen, besonders wenn sie islamischen Glaubens sind. Hier bestehen in Teilen der Bevölkerung erhebliche Vorbehalte. In Bulgarien

leben als Resultat der osmanischen Herrschaft etwa zwölf Prozent Muslime (ethnische Türken) sowie eine erhebliche Roma-Minderheit, so dass Überfremdungängste durch islamische Zuwanderer keine Seltenheit sind.

Im April 2015 hat Pro Asyl einen Bericht über die Flüchtlingsproblematik in Bulgarien erstellt, der das Verhalten der bulgarischen Behörden sowie von Teilen der Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen sehr kritisch einschätzt. Demnach seien Menschenrechtsverletzungen, Übergriffe, Erniedrigungen und Misshandlungen von Flüchtlingen in Bulgarien vor allem durch Amtspersonen verbreitet. Vermutlich kommen Fälle, wie im Bericht dargestellt, in der Tat vor, doch kann man nicht von einer systematischen oder gar von der Regierung angeordneten Praxis sprechen.

RUSSLAND

*Claudia Crawford** / *Dimitrie Weigel*** (Fertigstellung: 29.11.2015)

Öffentliche Wahrnehmung des Migrationsthemas allgemein in den Medien

In den russischen Medien spielt die europäische Flüchtlingskrise eine große Rolle. Russland hat in der letzten Zeit eigene Erfahrungen mit einer großen Anzahl von Flüchtlingen gemacht. Diese kamen vor allem aus dem Donbass. Man schätze die Zahl der ukrainischen Flüchtlinge im letzten Jahr auf ca. eine Million,²⁷ wobei die Zahlen zum Jahresende hin rückläufig sind und nun eher bei knapp 500.000 liegen dürften. Auch in Deutschland werden für 2015 rund eine Million Flüchtlinge erwartet.²⁸ Auf den ersten Blick könnte man meinen, die Europäische Union und Russland befinden sich in einer ähnlichen Situation und könnten voneinander lernen. Die russischen Medien sehen aber zwei große Unter-

* Leiterin des Auslandsbüros Moskau der Konrad-Adenauer-Stiftung.

** Ehemaliger Praktikant im Auslandsbüro Moskau der Konrad-Adenauer-Stiftung und Student an der Universität der Bundeswehr München.

27 | Diveeva, Julia 2015: Ukrainiskij Krizis (Die Ukraine-Krise), Komso molskaya Pravda, 01.06.2015, in: <http://kp.ru/online/news/2071099> [23.11.2015].

28 | Interfax 2015: Minfin Germanii ozhidaet defitsita budzheta iz-za zatrat na bezhentsev (Bundesfinanzministerium erwartet ein Budgetdefizit wegen der Ausgaben für Flüchtlinge), Vedomosti, 22.10.2015, in: <http://vedomosti.ru/economics/news/2015/10/22/613899-germanii-defitsita-byudzhetu-bezhentsev> [25.11.2015].

schiede zwischen der Flüchtlingsproblematik in der Russischen Föderation und der Lage in der Europäischen Union. Als wichtigster Unterschied sollten die Gründe für die Flucht

Kremlnahe Medien werfen dem Westen vor, die Situation im Nahen Osten und in Nordafrika aus dem Gleichgewicht gebracht zu haben.

gesehen werden. Die dominierenden kremlnahen Medien werfen dem Westen vor, die Situation im Nahen Osten und in Nordafrika aus dem Gleichgewicht gebracht zu haben.²⁹ Walentin Fedorow, stellvertretender Direktor des Europainstituts der Russischen Akademie der Wissenschaften, spricht sogar von einer Rache der ehemals Unterdrückten: „Das, was wir heute in Europa sehen, ist die historische Rache der ehemaligen Kolonien. Nun machen sie den zivilisierten Staaten Probleme. Der Westen selbst hat das begünstigt.“³⁰ Dies sei der Preis für die unterstützten Regimewechsel und Interventionen, so der erste staatliche Sender.³¹ Im Gegensatz dazu sehen die kremlnahen Medien Russland nicht als Verursacher der Ukraine Krise, sondern lediglich als Helfer, welcher aus Solidarität Flüchtlinge aus dem Donbass aufnehme.

Der zweite Unterschied liegt in der Herkunft der Flüchtlinge. Aufgrund der Geschichte, der religiösen, kulturellen und sprachlichen Nähe haben die Russen und Ukrainer viele Anknüpfungspunkte. Deshalb erweist sich die Integration der Ukrainer nicht als kulturelles Problem. Schwierigkeiten sind hier vor allem ökonomischer Natur und auf die zurzeit begrenzten Möglichkeiten der russischen Wirtschaft zurückzuführen. Mit Flüchtlingen aus anderen Staaten ist Russland kaum konfrontiert. Der Leiter des Föderalen Migrationsdienst Konstantin Romodanowskij wies darauf hin, dass es aktuell 2.000 syrische Staatsbürger als Asylantragsteller in Russland gibt.³²

29 | Brajnin, Kirill 2015: V Evropu begut te, komu luchshuju dolu ustroili na rodine tsvetnymi revolutsiyami i perevorotami (Es fliehen diejenigen nach Europa, denen ein „besseres Leben“ im Heimatland durch farbige Revolutionen und Regierungswechsel beschert wurde), Pervij Kanal (Channel One Russia), 26.04.2015, in: <http://1tv.ru/news/world/282636> [25.11.2015].

30 | Baldina, Anna 2015: Istoricheskaya Mest byvshikh kolonij: Evropu razdelyayut Migranty (Historische Rache der ehemaligen Kolonien: Flüchtlinge spalten Europa), Vesti, 19.08.2015, in: <http://vesti.ru/doc.html?id=2654362> [23.11.2015].

31 | Brajnin, Fn.29.

32 | REGNUM 2015: Vremennoe ubezhische v Rossii poluchili okolo 2 tys. bezhentsjev iz Sirii (Etwa zweitausend Flüchtlinge aus Syrien haben in Russland temporäres Asyl erhalten), REGNUM Nachrichtenagentur, 26.11.2015, in: <http://regnum.ru/news/society/2021076.html> [28.11.2015].



Stawropol: Während Russland dem Westen vorwirft, selbst für die europäische Flüchtlingskrise verantwortlich zu sein, inszeniert man sich in Moskau gern als Helfer für Menschen, die aus dem Donbass fliehen. | Quelle: © Eduard Korniyenko, Reuters.

Öffentliche Wahrnehmung der Flüchtlingswelle nach Europa in den Medien

Die Migration von Flüchtlingen in die Europäische Union ist in den russischen Medien präsent. Die Berichterstattung legt den dominierenden Fokus auf die religiösen und kulturellen Unterschiede zwischen den Flüchtlingen und den europäischen Gesellschaften. Dabei wird die Diversität als eine Last gesehen. Die kremlnahen Medien stellen oft eine Verbindung zwischen Migration und islamistischem Terrorismus her.³³ Sie beziehen sich sowohl auf den Angriff auf *Charlie Hebdo* als auch auf die Angriffe in Paris in der Nacht vom 13. auf den 14. November 2015.³⁴ *Russia Today* schrieb bereits im Februar, der so genannte Islamische Staat (IS) drohe Europa mit einer Million Flüchtlingen, unter denen sich auch Islamisten befinden sollen.³⁵ Durch die jüngsten Ereignisse fühlen

33 | Guschina, Anna 2015: Bryussel' i Berlin grozyat otmenit' Shengen (Brüssel und Berlin drohen, den Schengen-Raum abzuschaffen), *Nezavissimaya Gazeta*, 24.08.2015, in: http://www.ng.ru/world/2015-08-24/1_shengen.html [24.11.2015].

34 | Chernenko, Elena / Tikhonov, Dmitriy / Shevchenko, Kseniya / Pavlov, Aleksandr / Zhalin, Yurij / Gorshkova, Anastasiya / Tarkhanov, Alexej / Zlotnokova, Daria 2015: Eto akt vojny (Das ist ein Kriegsakt), *Kommersant*, 14.11.2015, in: <http://kommersant.ru/doc/2854642> [25.11.2015].

35 | *Russia Today* 2015: „Islamskoe Gosudarstvo“ ugrozhaet navodnit' Evropu bezhentsami (Islamischer Staat droht, Europa mit Flüchtlingen zu überfluten), *Russia Today*, 20.02.2015, in: <http://russian.rt.com/article/75395> [24.11.2015].

sich Vertreter dieser These bestätigt. Einige Zeitungen wiesen auf die Möglichkeit hin, dass vor allem rechte Parteien aufgrund der Anschläge an Popularität gewinnen können.³⁶

Neben der steigenden Gefahr islamistischer Terrorakte, welche in verschärften Sicherheitsmaßnahmen insbesondere in Frankreich und Belgien Ausdruck findet, kommen finanzielle Schwierigkeiten und die Veränderung der gewohnten Lebensweise hinzu, welche Europa hinnehmen müsse. Das Schengener Abkommen, welches die Freizügigkeit auf dem Großteil der Fläche der Europäischen Union garantiert hat, sei nun, laut *Nezavisimaya Gazeta*, in Gefahr.³⁷

Nach den Anschlägen in Paris hat sich die Tonlage in Russland geändert – zunächst bei Präsident Putin, mit einem Tag Verzögerung auch in den Medien. Die Tragödie in Paris selbst wurde mit Solidarität und Mitgefühl

Im Zusammenhang mit den Terroranschlägen in Paris appelliert man in Russland für mehr internationale Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung.

wahrgenommen. Neben großer Anteilnahme wurde auch appelliert, bei der Terrorismusbekämpfung endlich zusammenzuarbeiten und internationale Anstrengungen zu bündeln, wie es von der russischen Seite immer gefordert wurde. Der Westen solle endlich seine Differenzen mit Russland beilegen. Der Experte des Moskauer *Carnegie Centers*, Alexej Arbatow, meinte, dass die Anschläge in Paris Beziehungen zwischen Russland und dem Westen in Richtung mehr gegenseitigen Mitgefühls und einer Koordinierung bewegen werden.³⁸ Es wird betont, dass Russland an einem gemeinsamen Engagement in Syrien interessiert ist und die Kooperation ausbauen möchte.³⁹ Als Folge der islamistischen Angriffe auf Paris⁴⁰ und des Anschlages⁴¹ auf ein Flugzeug einer russischen Fluggesellschaft mit mehrheitlich russischen Passagieren, welche von Ägypten nach Sankt Petersburg geflogen sind, sei

36 | Vgl. Zum Beispiel Vedomosti und Kommersant vom 16. November.

37 | Guschina, Fn. 33.

38 | Ivanov, Maxim / Samokhina, Sofya / Safronov, Ivan 2015 : Zapadu napomnili ob obschej ugroze (Westen wurde an die gemeinsame Bedrohung erinnert), Kommersant, 16.11.2015, in: <http://kommersant.ru/doc/2854932> [26.11.2015].

39 | Saltykov, Evgenij 2015: Rossiya predlagaet SSHA vmeste spasat' letchikov v Sirii (Russland schlägt den USA vor, gemeinsam Piloten in Syrien zu retten), Vesti, 13.10.2015, in: <http://vesti.ru/doc.html?id=2675001> [25.11.2015].

40 | Chernenko et al., Fn. 34.

41 | RIA novosti 2015: MID RF: terakt na bortu A321, veroyatno, mest' IG za Siriyu (Außenministerium Russlands: Terroranschlag an Bord A321 ist wahrscheinlich die Rache von ISIS für Syrien), RIA novosti, 20.11.2015, in: <http://ria.ru/world/20151120/1324637412.html> [25.11.2015].

die Kooperation bei der militärischen Aktivität in Syrien zwischen beiden Staaten vorangeschritten. Frankreich habe erkannt, dass der islamistische Terrorismus eine gemeinsame Gefahr darstelle und zeige sich gegenüber Russland nun zur Kooperation aufgeschlossen.⁴²

Bemerkenswert ist eine neue Umfrage des bekannten Lewada-Zentrums, ein unabhängiges Umfrageinstitut, zur Terrorismusbekämpfung. Als Antwort auf Terroranschläge befürworteten die russischen Bürger zu 44 Prozent, den Kampf gegen den IS zu intensivieren, die Migrationspolitik zu verschärfen (41 Prozent) und die Spezialkräfte zu stärken (39 Prozent). 26 Prozent forderten eine Verstärkung der Terrorismusbekämpfung gemeinsam mit den USA und Europa, 21 Prozent seien für unabhängige Militäroperationen und 28 Prozent meinten, Russland solle sich auf den Schutz der eigenen Bevölkerung auf dem russischen Territorium konzentrieren. Nur 13 Prozent plädierten für eine diplomatische Lösung.⁴³

Wahrnehmung des Themas bei den politischen Parteien

Das Thema findet insbesondere bei populistischen Politikern Aufmerksamkeit. Auch hier stehen kulturelle Unterschiede im Vordergrund, welche als Problem gesehen werden. Der Vorsitzende der rechtspopulistischen LDPR, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, spricht von einer Abschaffung Europas und sagt, Russland sei bereit, die französische Bevölkerung aufzunehmen und sie vor der Herrschaft durch Zugereiste zu retten.⁴⁴ Er warf der Europäischen Union bei der Aufteilung von Flüchtlingen nach Quoten vor, sie würde von ihren Mitgliedstaaten mehr Disziplin verlangen als die

42 | Artemjev, Alexandr / Makarenko, Georgij 2015: Bol'shaya koalitsiya: udastsya li Rossii i Zapadu stat' sojuznikami v Sirii (Große Koalition: Können Russland und der Westen zu Alliierten in Syrien werden?), RBK, 18.11.2015, in: <http://rbc.ru/politics/18/11/2015/564c49b89a7947fe0d9a34d7> [27.11.2015].

43 | Ivanov, Maxim 2015: Grazhdane za radikalnoe reshenie problem terrorizma (Bürger sind für eine radikale Lösung des Terrorismusproblems), 26.11.2015, in: <http://kommersant.ru/doc/2862403> [26.11.2015] und in: <http://levada.ru/2015/11/26/grazhdane-za-radikalnoe-reshenie-problem-terrorizma> [30.11.2015].

44 | Chinkova, Elena 2015: Zhirinovskij predlozhit evakuirovat' vsekh korennikh frantsuzov v Rossiyu (Schirinowski hat vorgeschlagen, alle gebürtigen Franzosen nach Russland zu evakuieren), Komsomol'skaya Pravda, 14.11.2015, in: <http://kp.ru/daily/26458.7/3328405> [25.11.2015].

ehemalige Sowjetunion.⁴⁵ Bei führenden Politikern nimmt in den Stellungnahmen dagegen seit den Pariser Anschlägen das Thema Terrorgefahr und die notwendige Zusammenarbeit mit dem Westen die Priorität ein. Premierminister Medwedew spricht von der Wichtigkeit der Kooperation und sagt, dass ein alleiniges Vorgehen einen hohen Preis fordern würde.⁴⁶

Wahrnehmung des Umgangs mit Migration/Integration in Deutschland

Sowohl in den eher kremlkritischen als auch in den kremlnahen Medien findet sich die Aussage, dass Deutschland die Hauptlast der Migrationskrise trage und auf großen Widerstand insbesondere bei den osteuropäischen Staaten in Fragen der Verteilung der Flüchtlinge nach Quoten stoße.⁴⁷ Dennoch wird Deutschland als Schlüsselspieler gesehen, der bei der Suche nach Kompromissen die Initiative ergreift⁴⁸ und dem grundsätzlich ein hohes Potenzial zugesprochen wird, seine Interessen durchzusetzen.⁴⁹

In den Medien wird darauf aufmerksam gemacht, dass die deutsche Gesellschaft in der Flüchtlingsfrage gespalten sei. Die Proteste in Heidenau, bei denen Tränengas zum Einsatz gekommen ist, hätten das Ausmaß der Spaltung in Bezug auf die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung gezeigt.⁵⁰

45 | Mix Media Group 2015: Zhirinovskij: Evrosojuz otdal Latviyu afrikantsam (Schirinowski: Europäische Union hat Lettland den Afrikanern gegeben), Mix Media Group, 09.06.2015, in: <http://www.mixnews.lv/ru/politics/news/2015-06-09/178005> [22.11.2015].

46 | RBK 2015: Medvedev obvinil Zapad v blizorukosti za nezhelanie sotrudnicat' s Rossiej (Medvedjew hat den Westen für die Unwilligkeit, mit Russland zusammenzuarbeiten der Kurzsichtigkeit beschuldigt), RBK, 18.11.2015, in: <http://rbc.ru/rbcfreenews/564bcd169a7947ac48494253> [27.11.2015].

47 | Baldina, Fn. 30.

48 | Dobrov, Dmitrij 2015: Germaniya: chto delat' s bezhentsami (Deutschland: was soll man mit Flüchtlingen tun), INOSMI, 23.08.2015, in: http://inosmi.ru/op_ed/20150823/229806347.html [23.11.2015].

49 | RIA 2015: Merkel obeschala obsuzhdat' „chestnoe raspredelenie“ bezhentsev v ES (Merkel versprach, die „gerechte Aufteilung“ der Flüchtlinge in der EU zu besprechen), RIA novosti, 27.08.2015, in: <http://ria.ru/world/20150827/1211358514.html> [23.11.2015].

50 | Kommersant 2015: V Germanii proizoshli stolknoveniya mezhdru protivnikami priema immigrantov i poliziej (In Deutschland fanden Zusammenstöße zwischen Gegnern der Flüchtlingsaufnahme und der Polizei statt), Kommersant, 22.08.2015, in: <http://kommersant.ru/doc/2794828> [24.11.2015].

Der kremlikritische Sender *Echo Moskvy* berichtete vom Besuch der Bundeskanzlerin in Heidenau am Ort der Proteste, bei dem sie von den Einheimischen ausgepöfeln worden sei.⁵¹ Am 17. Oktober wurde Henriette Reker, vor ihrer Wahl zur Bürgermeisterin von Köln, mit dem Messer attackiert, was die Verunsicherung mancher Bevölkerungsteile in Bezug auf die Flüchtlingspolitik zeige.⁵²

Die russische Tageszeitung *Kommersant* meint, Deutschland bezahle nun den Preis für die Toleranz, welche nicht von allen in der Gesellschaft mitgetragen werde. Die propagierte übermäßige Toleranz sei gleichzeitig ein Hemmnis der Integration in die deutsche Gesellschaft.

Berlin-Kreuzberg kann hierbei als ein Beispiel für eine misslungene Integration und eine entstandene Parallelgesellschaft gesehen werden.⁵³ Die negative Stimmung gegenüber Flüchtlingen habe in der deutschen Gesellschaft zugenommen und sei mittlerweile salonfähig und nicht mehr ausschließlich unter marginalen Bewegungen zu finden.⁵⁴ Man kann aber auch Kommentare lesen, die darauf verweisen, dass Deutschland aufgrund der demografischen Krise junge Arbeitskräfte brauche, allerdings der Großteil der Flüchtlinge nur die finanzielle Hilfe des deutschen Staates möchte und nicht bereit sei, die europäischen Verhaltensnormen zu übernehmen.⁵⁵ Doch die deutsche Erfahrung mit Einwanderung sorge dafür, dass die Bevölkerung mehrheitlich bereit sei, Fremde aufzunehmen.⁵⁶

51 | Echo Moskvy 2015: Kantslera Germanii Angela Merkel osvitali v lagere dlya bezhentsev v Hajdenau, gde proizoshli besporyadki (Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde im Flüchtlingsheim in Heidenau, wo es Krawalle gab, ausgebuht), Echo Moskvy, 26.08.2015, in: <http://echo.msk.ru/news/1610648-echo.html> [23.11.2015].

52 | Korostikov, Mikhail 2015: Burgomistrom Kyolna stala zhertva bor'by za prava bezhentsev (Opfer des Kampfes für Flüchtlingsrechte wurde neue Oberbürgermeisterin von Köln), 19.10.2015, in: <http://kommersant.ru/doc/2835604> [25.11.2015].

53 | Pankratov, Sergej 2015: Kuda bezhat' ot bezhentsev? (Wohin vor den Flüchtlingen fliehen?), 24.08.2015, in: <http://kommersant.ru/doc/2790194> [24.08.2015].

54 | Ebd.

55 | Dobrov, Fn.48.

56 | Korostikov, Fn.52.